



# Interviews

**27. August 2024**

**Stefan Heinlein im Gespräch mit Carsten Linnemann**

**Carsten Linnemann:** Guten Morgen, Herr Heinlein. Ich grüße Sie.

**Heinlein:** Ihr Parteichef trifft heute voraussichtlich den Kanzler. Wissen Sie, wann das Treffen beginnt und wie lange es dauern soll?

**Linnemann:** Das Treffen findet heute Vormittag statt. Wie lange es dauert, weiß ich nicht. Aber es ist eine Punktlandung, Herr Heinlein. Es ist ja nicht das erste Treffen und nicht das erste Angebot und ich hoffe, dass der Kanzler in die Offensive geht und nicht das sagt, was er seit Monaten und Jahren sagt, dass er mehr abschieben will, dass jetzt was getan werden muss oder die Härte des Gesetzes muss gespürt werden. Wissen Sie, das sind so Floskeln, die hören die Leute jeden Tag. Taten müssen folgen. Wir stehen bereit und wenn die Regierung nicht bereitsteht, kann ich Ihnen heute sagen, ist das ein historischer Fehler. Wir hatten es bereits Mitte der 90er-Jahre, dass es einen Kompromiss gab, und das Thema ist so groß, dass Herr Gauck recht hat. Wenn die demokratischen Parteien jetzt nicht zusammenhalten, dann werden wir die Zukunft nicht gewinnen.

**Heinlein:** Sie haben es erwähnt, Herr Linnemann. Im Herbst war ein ähnliches Treffen krachend gescheitert. Der Deutschlandpakt zur Migration habe sich erledigt, so Friedrich Merz damals. Was wird Ihr Parteichef heute dazu beitragen, damit das Gespräch Erfolg hat?

**Linnemann:** Ich hoffe, dass der Bundeskanzler einsieht, dass es so nicht weitergehen kann. Ich meine, wir haben eine weitere Entwicklung. Es fand der 2. Juni statt; Sie erinnern sich: In Mannheim dieser schreckliche Mord an einem Polizisten. Seitdem ist nichts passiert. Es wurde viel angekündigt, auch von Frau Faeser, Waffenrecht, Herr Scholz, Härte des Gesetzes. Ich habe es eben erwähnt. Seitdem haben wir eine Polizeistatistik. Wir sehen, dass fast zehn Prozent Zunahme bei den Gewaltdelikten zu beobachten ist. Die Messerkriminalität nimmt zu, Gruppenvergewaltigungen und viel mehr. Alle sagen, ich kenne niemanden in Deutschland, der nicht sagt, dass die Kapazitäten erschöpft sind, sowohl die Kommunen, der deutsche Landkreistag, wir sehen das in Schulen, Kitas, im Gesundheitssektor. Es ist kurz vor zwölf, wenn nicht nach zwölf. Wir müssen die Uhr fast wieder zurückstellen und ich hoffe, dass die aktuelle Lage dahin führt, dass der Bundeskanzler sich bewegt. Wir sind sofort bereit. Herr Merz hat den Vorschlag gemacht, die Abstimmung freizustellen, dass man sagt,

wenn es Kolleginnen und Kollegen gibt, die aus guten Gründen vielleicht sogar, weil sie selber sagen, ich kann da nicht mitmachen, den Weg nicht gehen. Dann sollten wir trotzdem die Abstimmung freigeben und im Deutschen Bundestag eine Mehrheit herbeiführen, und dafür stehen wir bereit.

**Heinlein:** Herr Linnemann, jetzt haben Sie die Situation mit dramatischen Worten beschrieben und auch an den Kanzler appelliert. Ich hatte Sie aber gefragt, was Ihr Parteichef, was Friedrich Merz heute dazu beitragen wird, damit das Gespräch Erfolg haben wird, Vorschläge macht, die vielleicht auch für die Ampel-Parteien akzeptabel sind.

**Linnemann:** Er wird das gleiche sagen wie seit Wochen und Monaten. Wir brauchen eine konsequente Umsetzung der Gesetze im Lichte der Migrationskrise. Das beginnt bei der konsequenten Anwendung von Dublin und endet bei Abschiebebegewahrsam, über das Staatsangehörigkeitsrecht bis hin zu der Frage, ob wir nach Afghanistan und Syrien abschieben können. Und noch mal, Herr Heinlein: Es gibt eine neue Gemengelage. Wenn Sie an die Abschiebung denken nach Afghanistan und Syrien, da hieß es immer, man kann nicht abschieben. Jetzt gibt es ein Verwaltungsgerichtsurteil aus München, das klar sagt, dass der syrischen Zivilbevölkerung keine bürgerkriegsbedingte ernsthafte Gefahr im ganzen Land mehr droht. Das ist neu, Herr Heinlein. Schweden schiebt ab nach Afghanistan. Selbst NATO-Partner der Türkei nimmt Rückführungen in beide Staaten vor. Lange Rede, kurzer Sinn: Es gibt eine evidente glasklare Sachlage und die ist so klar, wie noch nie, und deshalb muss gehandelt werden.

**Heinlein:** Es geht heute, wenn ich das richtig verstehe, auch darum, zwischen der Regierung und der größten Oppositionspartei – das ist die Union – Gemeinsamkeiten auszuloten. Nun gab es gestern die Stellungnahme von Faeser und Buschmann, den beiden Ministern. Die haben dieses Thema, das Sie gerade erwähnt haben, die Umsetzung der Dublin-Regeln angesprochen und gesagt, das soll jetzt wieder konsequent angewendet werden. Das heißt, auch schnellere Abschiebungen. Ein Schritt in Richtung Union ist das. Oder wie interpretieren Sie das? Friedrich Merz hat das am Wochenende unter anderem gefordert.

**Linnemann:** Genau! Das ist ein erster Schritt, finde ich, in die richtige Richtung. Und es geht auch gar nicht um Rechthaberei, sondern die Fakten sprechen Bände, und auch die Zahlen, die Sie genannt haben im Vorbericht. Die aktuellen Zahlen sind in diesem Jahr aufgelaufen. Da gab es 43.000 Übernahmegesuche, dass wir den EU-Staaten gesagt haben, ihr müsst diese Flüchtlinge zurücknehmen, weil sie der erste Drittstaat waren. Nur 3500 wurden stattgegeben. Das heißt, hier stimmt etwas im System nicht, und da zusammenzuarbeiten und diese Dublin-Regeln konsequent wieder einzuhalten, wäre das Gebot der Stunde.

**Heinlein:** Ihr Parteichef geht aber noch weiter. Er fordert die konsequente Zurückweisung von Syrern und Afghanen an deutschen Grenzen. Daran gibt es rechtliche, verfassungsrechtliche, europarechtliche Zweifel. Wird Friedrich Merz heute im Gespräch mit dem Kanzler auf die Umsetzung dieser Forderung bestehen?

**Linnemann:** Es geht hier nicht darum, auf dem letzten Punkt zu bestehen. Es geht darum, Herr Heinlein, einen Paradigmenwechsel herbeizuführen. So wie jetzt kann es nicht weitergehen.

**Heinlein:** Er wird diese Forderung nicht aufrechterhalten?

**Linnemann:** Doch, er wird die Forderung aufrechterhalten, weil wenn ich de facto Dublin anwende, komme ich zu dem Schluss, dass diejenigen, die über einen anderen Staat in die Europäische Union einreisen – und wir haben acht, neun Staaten um uns herum; das sind sichere Staaten -, dann muss zurückgeführt werden, und das ist auch mit dem Grundgesetz vereinbar, auch mit dem Individualrecht, was immer angesprochen wird. Nur, dass Sie auch hier mal eine Zahl hören: Aufgelaufen in diesem Jahr gab es über 150.000 Asylanträge. Nur zirka 1100 sind nach Artikel 16a erfolgt. Das heißt, das Individualrecht wird weiter gewährleistet. Aber gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass Dublin angewendet wird, und deswegen wird er alle Positionen aufrechterhalten. Es geht hier um ein Zusammenkommen, nicht um ein Gegeneinander, und das steht heute im Vordergrund.

**Heinlein:** Aber das heißt dann doch, konsequent zu Ende gedacht, nicht nur Zurückweisung von Syrern und Afghanen an deutschen Außengrenzen, sondern von allen Flüchtlingen, die aus Italien kommen, aus Bulgarien kommen, aus Dänemark kommen etc.?

**Linnemann:** Genau! Das sind die Dublin-Regeln. Das ist das Recht, Herr Heinlein, das es gibt. Und wenn es noch Klarstellung braucht auf europäischer Ebene, dann muss man das angehen. Das fordern ja auch viele europäische Staaten, dass man das macht. Das ist die Anwendung des geltenden Rechts.

**Heinlein:** Will Deutschland überhaupt keine Flüchtlinge mehr aufnehmen?

**Linnemann:** Selbstverständlich werden wir weiter Flüchtlinge aufnehmen. Wir haben ja auch einen Vorschlag gemacht über Drittländer. Das ist eigentlich der richtige Weg, weil wir sehen ja, dass das mit den Abschiebungen nicht funktioniert. Wir müssen den legalen Weg nach vorne stellen. Das heißt, es sollte in Zukunft nur noch derjenige zu uns kommen, der bereits einen positiven Asylantrag hat. Jeder hat Schutz auf Asyl, aber er kann sich das Land nicht aussuchen, und deswegen macht es auch Sinn, außerhalb der Europäischen Union zu prüfen und Schutz zu gewähren, damit wir wieder die Kontrolle haben über das Migrationsgeschehen. Darüber hinaus kann man dann Kontingente vereinbaren. Das ist das Ziel. Nur wir müssen uns jetzt endlich mal auf den Weg machen. Wir reden seit zehn Jahren darüber und es passiert einfach zu wenig. Und, Herr Heinlein, uns wird man doch fragen in 10, 15, 20 Jahren, was habt ihr damals gemacht. Deshalb drängen wir darauf. Es geht hier nicht um Parteipolitik oder irgendwas - deswegen fordern wir das ja schon seit Monaten, ja seit Jahren -, sondern es geht darum, jetzt zu handeln, damit wir den Zusammenhalt in Deutschland, am Ende geht es um den Zusammenhalt, dass wir den sichern und gewährleisten, und dass dieses Land uns nicht wegrutscht.

**Heinlein:** Jetzt handeln, sagen Sie, sagt auch Ihr Parteichef Friedrich Merz. Nun hat auch AfD-Chefin Weidel eine sofortige Migrationswende gefordert. Wo sehen Sie die Unterschiede noch zwischen Ihren Forderungen und denen der AfD?

**Linnemann:** Wir wollen die Humanität. Wir wollen weiter Flüchtlinge aufnehmen. Wir wollen nur diejenigen aufnehmen, die wirklich schutzbedürftig sind, und nicht diejenigen, die stark sind, sich durchsetzen und nach Deutschland kommen. Deswegen wollen wir das Drittstaatenprinzip einführen. Wir wollen Kontingente. Wir wollen außerhalb Europas prüfen, wer berechtigten Zugang hat und wer nicht. Das ist das Ziel und das will die AfD nicht. Die teilt auf, das wollen wir nicht. Wir brauchen Migration in den Arbeitsmarkt, in die Sozialversicherung, dass Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden, und gleichzeitig müssen wir Humanität zeigen, für diejenigen da sein, die wirklich Schutz brauchen. Das ist der Unterschied.

**Heinlein:** Wie hoch ist die Gefahr, dass durch diese Debatte, die jetzt läuft, und durch diesen Anschlag von Solingen die AfD in den Bundesländern Thüringen, Sachsen und Brandenburg weiter Auftrieb erhält?

**Linnemann:** Die ist da, wenn nicht gehandelt wird.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*